



Startseite > Politik > Deutschland > RAF > Wolfgang Kraushaar über Radikalisierung: »Die größte Gefahr komm



Angeklagte Baader (3. v. r.), Ensslin bei Prozess 1968: »Kaum Resonanzboden«
Foto: Kurt Weiner

Forscher über radikale Protestkultur

S+ »Die größte Gefahr kommt von rechts«

Wolfgang Kraushaar gilt als Chronist der 68er und einer der wichtigsten Extremismusexperten. Warum er RAF-Vergleiche mit der »Letzten Generation« für abwegig hält – und eine Bedrohung von der bürgerlichen Mitte ausgeht.

Ein Interview von **Martin Knobbe** und **Felix Bohr**
13.11.2022, 17.11 Uhr • aus **DER SPIEGEL 46/2022**



SPIEGEL+

Dieser Artikel gehört zum Angebot von SPIEGEL+. Sie können ihn

auch ohne Abonnement lesen, weil er Ihnen geschenkt wurde.

zur Person



Foto: Henning Kretschmer / DER SPIEGEL

Wolfgang Kraushaar, Jahrgang 1948, ist Politikwissenschaftler bei der Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur. In seinem neuen Buch »Keine falsche Toleranz. Warum sich die Demokratie stärker als bisher zur Wehr setzen muss« widmet er sich dem Rechtsradikalismus in Deutschland. Er gilt als Chronist der 1968er-Bewegung und einer der wichtigsten Experten zur Geschichte der Roten Armee Fraktion (RAF).

SPIEGEL: Herr Kraushaar, der Chef der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Alexander Dobrindt, hat neulich nach einer Aktion der »Letzten Generation« vor dem Entstehen einer »Klima-RAF« gewarnt. Ist der Vergleich angemessen?

Wolfgang Kraushaar: Nein. Und die Politik täte gut daran, sich nicht in den gleichen Überbietungswettbewerb zu begeben, in dem sich die »Letzte Generation« bereits befindet. Mit der Terrorismus-Keule auf die »Letzte Generation« und ihre letzten Endes immer noch zurückhaltenden Akteure einzuprügeln ist reichlich absurd. Die Vorstufen zum Terrorismus bei der RAF waren auf dem Höhepunkt der 1968er-Unruhen zwei Anschläge auf Warenhäuser in Frankfurt am Main. Unter den Tätern waren Gudrun Ensslin und Andreas Baader, die späteren Führungsfiguren der RAF. Eine solche Vorstufe ist bei der »Letzten Generation« nicht erkennbar.



Weltmacht in der Wüste

Während Europa leidet, boomen autokratische Golfstaaten wie Katar und Saudi-Arabien. Ihre Billionengewinne mit Öl und Gas wollen sie nutzen, um bei erneuerbaren Energien führend zu werden – und diese vor allem an Deutschland zu verkaufen. Wie gefährlich ist die Abhängigkeit von den Herrschern am Golf?

Lesen Sie unsere Titelgeschichte, weitere Hintergründe und Analysen im digitalen SPIEGEL.

[Zur Ausgabe](#)

SPIEGEL: Also eine völlig harmlose Truppe?

Kraushaar: Eine machtlose Truppe, würde ich sagen. Es ist offensichtlich, dass das Ziel, die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu beschränken, nicht erreicht wird. Aktivisten, die sich auf der Straße ankleben oder ein Gemälde beschmieren, können daran nichts ändern. Sie provozieren nur Gegenreaktionen von Autofahrern, die die Nerven verlieren – und bringen damit vor allem sich in Gefahr.

SPIEGEL: Es gibt einen Slogan in der Klimabewegung, der heißt: »System change not climate change«. Erkennen Sie darin Revolutionspotenzial?

Kraushaar: Eher Demokratiemüdigkeit, die bereits in der Fridays-for-Future-Bewegung erkennbar wurde. Fridays for Future sind am Ende ihrer eigenen Logik angekommen, also immer mehr zu mobilisieren, immer lauter zu werden, gleichzeitig immer stärker zu beklagen, dass das 1,5-Grad-Ziel nicht erreicht werden kann. Das hat sie nicht weitergebracht, und das wissen sie auch.

SPIEGEL: Wird die Systemfrage für die Klimabewegung also drängender?

Kraushaar: Es wäre ein Irrweg zu glauben, man müsse nur an der Systemschraube drehen, um die Klimafrage zu lösen. Zugleich wird sich die Klimalage nicht ohne strukturelle Veränderungen verbessern lassen. Man muss das Klima als Hyperthema begreifen, als einen Modus, in den verschiedene Prozesse einfließen. Es gibt nicht diesen einen Hebel, mit dem wir die Labilität des Klimas beenden. Wir brauchen ein globales Verständnis all der Prozesse, die sich da abspielen.

SPIEGEL: Und was heißt das für die Proteste?

Kraushaar: Weil man sich auf den globalen Zusammenhang beziehen muss, sind lokale Aktionsstrategien im Grunde nichts wert. Es ist reiner Illusionismus zu glauben, man könnte etwas bewegen, wenn man eine Autobahn in Deutschland blockiert.

SPIEGEL: Sollte der Verfassungsschutz seinen Blick vermehrt auf die Klimabewegung richten?

Kraushaar: Es geht hier um eine grenzwertige Aktionsform, um mehr nicht. Es ist längst noch nicht so weit, dass die Bewegung zum Beobachtungsfall des Verfassungsschutzes gemacht werden sollte.

SPIEGEL: In Ihrem neuen Buch widmen Sie sich der Geschichte des Neonazismus und den Gefahren, die von ihm ausgehen. Im vergangenen Jahr wurden auch mehr als 6000 linksextremistisch motivierte Straftaten verübt, warum spielen die bei Ihnen keine Rolle?

Kraushaar: Ich gehe davon aus, dass die größte Gefährdung der Demokratie von rechts kommt. Damit behaupte ich nicht, dass es keine Gefährdung von links gäbe.

SPIEGEL: Sie warnen vor den verfassungsfeindlichen Gefahren, die von Corona-Leugnern, »Reichsbürgern« und der AfD ausgehen. Welche Bedrohungen sind das?

Kraushaar: Diesen Leuten geht es darum, die bestehende Demokratie abzuschaffen. Zum Ausdruck kam das etwa am 29. August 2020, als bei einer Querdenker-Demonstration mindestens 500 Personen versuchten, den Reichstag zu stürmen. Die Menge wurde angeführt von einer Heilpraktikerin aus der Eifel, die erklärte, man schreibe »Weltgeschichte«. Das Interessante an den Corona-Demonstranten ist, dass sie keine klassischen Extremisten sind, sondern häufig der gebildeten Mittelschicht angehören und sich innerhalb kurzer Zeit radikalisiert haben.

SPIEGEL: Verfassungsschutzbehörden mahnen, dass rechtsextreme Inhalte im Bürgertum verfangen. Wie sieht die Radikalisierung der Mitte aus?

Kraushaar: In den meisten Fällen gibt es zunächst einmal keine Anhaltspunkte für eine extremistische Position. Der »Extremismus der Mitte«, wie ihn der US-amerikanische Soziologe Seymour Martin Lipset in den Fünfzigerjahren erstmals attestierte, äußert sich in negativen Gefühlsausbrüchen, die sich meist gegen Einzelpersonen richten. Ausgelöst werden sie durch emotionale Themen wie die Flüchtlingskrise, die Pandemie oder die Energieknappheit. Wenn wie neulich Wirtschaftsminister [Robert Habeck](#) bei einer Corona-Demo in Sachsen als Puppe in Häftlingskleidung gezeigt wird und auch gemäßigte Bürgerinnen und Bürger diesem Spektakel zujubeln, ist das ein Ausdruck dafür, dass sich die Mitte radikalisiert.

SPIEGEL: Sie bemängeln, die Demokratie sei nicht wirklich wehrhaft. Wie kommen Sie darauf?

Kraushaar: Das Konzept der wehrhaften Demokratie ist auf den Staatsrechtler und SPD-Politiker [Carlo Schmid](#) zurückzuführen. Er zählte zu den Vätern des Grundgesetzes und forderte Mut zur Intoleranz gegenüber den Feinden der Demokratie. Meine Hauptsorge betrifft vor allem die deutschen Sicherheitsbehörden, deren schwierige Vergangenheit bis in die Gegenwart nachhallt. Nach dem Krieg besetzten in der jungen Bundesrepublik häufig Altnazis

Schlüsselpositionen in den Innenministerien auf Bundes- und Landesebene, beim Bundesnachrichtendienst, im Verfassungsschutz und bei der Polizei. Das braune Erbe prägte diese Institutionen. In der Folge wurden rechte Strukturen in Deutschland jahrzehntelang systematisch unterschätzt und verharmlost.

SPIEGEL: Inwiefern?

Kraushaar: Ermittler erklärten etwa rechte Terroranschläge lange mit der Ein-Täter-Theorie. Der rechtsextremistische Attentäter von Studentenfürer [Rudi Dutschke](#) galt 1968 als verwirrter Einzelgänger, dabei hatten die Ermittler Hinweise, dass er intensiven Kontakt zu Rechtsradikalen hatte. Nach dem Oktoberfestattentat 1980 legten sich die Behörden schnell auf einen Studenten als Einzeltäter fest, obwohl er sich jahrelang in einer rechtsextremen Zelle bewegt hatte. Und noch in den Neunzigerjahren wurden ausländerfeindliche Übergriffe, Brandanschläge und Morde institutionell verharmlost. Damals wiederholten offizielle Stellen mantrahaft, es lägen keine Anzeichen für fremdenfeindliche Motive vor. Der Publizist [Ralph Giordano](#) sprach damals von einer »Staatsabwesenheit«. Das Versagen bei den Ermittlungen zum Nationalsozialistischen Untergrund, kurz NSU, ist ja hinreichend bekannt.

SPIEGEL: Heute fordert Bundeskanzler [Olaf Scholz](#) die Bürger zum Kampf gegen Hetze und Rassismus auf, es gibt regelmäßig Razzien gegen Rechtsextremisten, und der Verfassungsschutz beobachtet die AfD. Wollen Sie behaupten, man habe nichts dazugelernt?

Kraushaar: Doch, die Sicherheitsbehörden sind näher dran an der Szene, aber es gibt nach wie vor Defizite in der Ahndung rechter Gewalt. Polizei und auch Bundeswehr sind zudem latent gefährdet, von rechten Extremisten unterwandert zu werden. Gleichzeitig wird der Ausländerhass wieder stärker. In diesem Herbst haben wir es mit einer gefährlichen Mischung aus rechtsextremen Anschlägen, Corona-Demonstrationen sowie Protesten gegen zu hohe

Energiepreise zu tun. Angesichts dieser Großwetterlage können wir uns als Gesellschaft keinesfalls zurücklehnen und den Behörden die Arbeit alleine überlassen. Wir müssen uns zur Wehr setzen.

SPIEGEL: Wenn es die Gefährdung schon länger gibt, warum haben Experten wie Sie den rechten Terror so spät in den Fokus genommen?

Kraushaar: Das Kapitel Terrorismus ist seit den 70er-Jahren so stark von der RAF besetzt gewesen, dass sie selbst dann als Referenzrahmen erhalten musste, als der rechtsterroristische NSU aufgefliegen war: Der SPIEGEL schrieb damals von einer »Braunen Armee Fraktion«. Man versuchte also, rechtsterroristische Phänomene unter der Maßgabe des RAF-Terrorismus zu interpretieren, was ein großer Irrtum ist. Die RAF hatte niemals einen solchen gesellschaftlichen Resonanzboden wie der Rechtsterrorismus.

SPIEGEL: Wie kommen Sie darauf?

Kraushaar: Bis heute entstehen immer wieder neue rechtsterroristische Gruppierungen wie zuletzt die Vereinten Patrioten, die sich maßgeblich aus der Anti-Corona-Bewegung gebildet haben. Die haben ja nicht nur die Entführung von Gesundheitsminister [Karl Lauterbach](#) geplant, sondern einen regelrechten Umsturz. Das klingt abgedreht, ist aber Realität.

SPIEGEL: Gab es in der Bekämpfung des Rechtsterrorismus in den vergangenen Jahrzehnten dann überhaupt einen Fortschritt?

Kraushaar: Die Phänomene kann man nicht ohne die Annahme bestimmter Krisenkonstellationen erklären: 2015 die sogenannte Flüchtlingskrise, ab 2020 Corona, jetzt der Krieg in der Ukraine, die Energiekrise. Wir haben es mit einer tendenziellen Überforderung von politischen Akteuren und verschiedenen gesellschaftlichen Schichten zu tun. Zugleich entwickelte sich die AfD von einer rechtspopulistischen zu einer rechtsradikalen Partei. Der heutige Rechtsradikalismus geht nicht nur in die Breite, sondern auch in die Tiefe.

SPIEGEL: Was in den Sicherheitsbehörden heute kaum einer bestreitet.

Kraushaar: Das Fatale für die Behörden ist, dass sie einfach nicht wissen, wo als Nächstes etwas auftaucht, wo etwas passiert. In Zeiten der RAF war das vergleichsweise einfach.

[Horst Herold...](#)

Empfohlener externer Inhalt

Hier finden sich Informationen über das besprochene Produkt und werbliche Verlinkungen. Ich bin damit einverstanden, dass mir dieser Inhalt angezeigt wird. Mehr dazu in unserer [Datenschutzerklärung](#). Sie können Ihre Zustimmung jederzeit wieder zurücknehmen.



Externer Inhalt

SPIEGEL: ...der damalige Präsident des Bundeskriminalamts...

Kraushaar: ...der alle verfügbaren Daten akribisch gesammelt hatte, wusste ziemlich genau, in welcher Wohngemeinschaft, in welchen Großstädten, in welchen Universitäten Unterstützer oder Akteure der RAF anzutreffen waren. Heutzutage fallen die potenziellen Täter wie vom Himmel, was natürlich auch am Internet liegt, das wie ein Radikalisierungsmotor wirkt.

SPIEGEL: Hat die Radikalisierung in der Gesellschaft im Vergleich zu früheren Jahren zugenommen?

Kraushaar: Ich bin fest davon überzeugt, dass wir es mit einem neuen und stärkeren Radikalisierungsklima zu tun haben. Deshalb spreche ich auch nicht von Extremismus, sondern lieber von Radikalismus, weil der Begriff die gesellschaftlichen Dynamiken viel besser abbildet. Wir brauchen ein verändertes Sicherheitskonzept für die enormen

Herausforderungen von rechts. Und wir dürfen nicht nur auf die Ränder blicken, sondern müssen die gesellschaftliche Mitte miteinbeziehen – als potenzielles Terrain für Radikalisierung.

S

Diskutieren Sie mit

Feedback

Mehr lesen über

RAF

Wolfgang Kraushaar

Spiele

mehr Spiele

Advents-
kalender

Kreuzworträtsel

Solitaire

Sudoku

Mahjong

Serviceangebote von SPIEGEL-Partnern

Gutscheine

Top Gutscheine

Alle Shops

Auto

Job

Finanzen

Freizeit

Alle Magazine des SPIEGEL

DER SPIEGEL

SPIEGEL
GESCHICHTE

SPIEGEL SPEZIAL

SPIEGEL

SPIEGEL Gruppe

Abo Abo kündigen Shop manager magazin

Harvard Business manager buchreport Werbung Jobs MANUFAKTUR

SPIEGEL Akademie SPIEGEL Ed

Impressum Datenschutz Nutzungsbedingungen Cookies & Tracking

Newsletter Kontakt Hilfe Text- & Nutzungsrechte



Facebook



Twitter



Wo Sie uns noch folgen können